

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Petra Schmitz
Plenarsitzung vom 20.04.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Dekretentwurf zur Zustimmung der Änderung der Artikel des Internationalen Übereinkommens

- **zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**
- **zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau**
- **gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen in Regierung und Parlament,

es liegt in der Natur der Sache, bzw. gehört zu den demokratischen Gepflogenheiten, dass wir oft hier in diesem Hause nicht einer Meinung sind.

Wenn es jedoch um die allgemeine Erklärung der Menschenrechte geht, glaube ich, dass ein jeder den folgenden Grundsätzen zustimmt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

sowie

„Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe,

Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“

Diese Erklärung stammt aus dem Jahre 1948 und wurde sicher teilweise unter dem Eindruck der verheerenden Folgen des Faschismus und des zweiten Weltkriegs verabschiedet. Letztlich ist sie aber das Ergebnis einer fünfhundertjährigen, stetigen Entwicklung unseres klassisch-christlich-humanistischen Menschenbildes und Wertesystems. Ohne den bedingungslosen Respekt aller darin festgeschriebenen Grundwerte ist das Modell einer toleranten, multikulturellen Gesellschaft von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Für die Menschenrechtserklärungen der letzten Jahrhunderte haben viele Menschen gekämpft und nicht wenige ihr Leben geopfert.

Mit großem Bedauern stellen wir jedoch fest, dass bis heute diese Rechte nicht überall auf der Welt anerkannt und durchgesetzt werden.

Menschen werden oft noch nach ihrer Religion, nach ihrer Hautfarbe oder nach ihrem Geschlecht beurteilt, werden unmenschlich behandelt, manchmal sogar gefoltert.

Frauen sind in manchen Gesellschaften weniger wert als Männer und werden diskriminiert.

Jetzt mögen sich manche von Ihnen denken, was haben wir in unserem weit entfernten, modernen, christlich-humanistisch gewachsenem Europa oder gar Belgien damit zu tun?

Mehr als Sie glauben:

- In Tröglitz, Sachsen-Anhalt wurde noch vor wenigen Tagen ein Brandanschlag vor der Fertigstellung eines Asylbewerberheims verübt
- Die italienischen Behörden ermitteln gegen 15 muslimische Migranten, die auf einem Flüchtlingsschiff zwölf Christen über Bord geworfen haben sollen,
- Nach Schätzungen von UNICEF, OSZE und dem UN-Kommissariat für die Menschenrechte sollen jährlich etwa 120.000 Frauen und Kinder aus Ost- und Südosteuropa von Schleuserbanden als billige Arbeitskräfte, Haushilfen, Organspender und Prostituierte angeboten und in die westeuropäischen Staaten verkauft werden

Der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ProDG resolut angehen will.

Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen, damit in der DG ein gleichberechtigtes Miteinander der Kulturen ermöglicht und gepflegt wird. Denn ein „Mix der Kulturen“ ist gelebte Realität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, was unter anderem folgende Zahlen darlegen:

Am 1. Januar 2012 wohnten in der DG 76.128 Menschen, davon stammten 17,73 % aus einem EU-Mitgliedsstaat (größtenteils Deutschland) und 2,61 % aus einem Nicht-EU-Land.

Die Integration ausländischer Mitbürger ist nicht nur eine große Herausforderung, der sich eine Vielzahl an Akteuren aus den verschiedensten Bereichen stellen muss, sondern auch eine echte Chance, die Solidarität und Weltoffenheit der in der DG wohnenden Menschen zu stärken und auszubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind weitere Anstrengungen in Politikbereichen wie Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Gesundheit, Soziales oder Kultur notwendig. Bei allen Entscheidungsfindungen ist eine aktive Einbindung und Teilhabe ausländischer Mitbürger eine wichtige Voraussetzung für das Erreichen einer Kooperation auf gleicher Augenhöhe. Dabei muss immer eine ausgewogene Balance zwischen Fördern und Fordern im Mittelpunkt stehen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die ProDG-Fraktion, die von unserem Ministerpräsidenten angekündigte Initiative, den interkulturellen Dialog als Dialog zwischen verschiedenen Kulturen, Ideologien und Glaubensrichtungen zu fördern.

Wir müssen anderen Menschen, egal ob sie einen anderen Glauben, eine andere ethnische Herkunft oder eine andere Hautfarbe haben, die Chance geben, sich in unsere, im Kern christlich-humanistisch geprägte Gesellschaft zu integrieren, um dadurch einen Mehrwert für alle zu schaffen.

Die ProDG-Fraktion wird aufgrund all dieser Überlegungen diesem Dekretentwurf zustimmen, damit die Rezeption, d.h. die Aufnahme des völkerrechtlichen Vertrages in unsere eigene Rechtsordnung erfolgen kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Petra Schmitz,
ProDG-Fraktion